Deutsch-englische Beziehungen.

Wie man in England über die Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen denkt, verraten jetzt die Blätterstimmen, in denen wieder einmal eine Hetze gegen Deutschland laut wird, wie selten zuvor. Darüber hinaus aber tragen auch Parlamentarier, und besonders unionistische (die damit auch der liberalen Regierung Schwierigkeiten machen wollen) in bemerkenswerter Weise dazu bei, die weitesten Volkskreise gegen Deutschland zu verstimmen. So hielt das konservative Unterhausmitglied Faber gelegentlich eines Festessens eine Rede, in der er angeblich den Vorhang von den Ereignissen riß, die sich im Hochsommer auf der internationalen Bühne und insbesondere hinter deren Kulissen abspielten, und scheute sich nicht, klipp und klar zu sagen, daß England

einen Überfall auf Deutschland

plante, um dem verbündeten Frankreich zu helfen. Wenn es nicht dazu kam, so ist das hauptsächlich der Unbereitschaft der englischen Flotte und der Armee zu danken, meint Kapitän Faber. Kapitän Faber erklärte, daß ein guter Teil dessen, was er zu sagen habe, von der Regierung als unrichtig erklärt werden dürfte; nichtsdestoweniger sei es die Wahrheit, so wie er sie von den höchsten oder nächsthöchsten Stellen erfahren habe. Zur Zeit der schweren Krise — sagte er — die die Marokko-Unterhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich begleitete, war das liberale Kabinett geteilt in seiner Ansicht, ob England es mit Frankreich halten sollte oder nicht. Er kenne die Namen der Kabinettsmitglieder, die

für Frankreich

und die Namen derer, die nicht für Frankreich waren. Lloyd George und Winston Churchill stellten sich ehrlich auf die Seite Frankreichs. Die beiden Männer waren dafür, daß England, seinem Vertrage gemäß, Frankreich unterstützen müsse. In den nächsten Tagen dürfte das freilich in Abrede gestellt werden, aber die Zukunft werde die Wahrheit seiner Worte beweisen. Viele Leute würden nicht gerne hören, was er über die Armee und Marine zu sagen habe, aber es entspreche gleichwohl den Tatsachen. Im kritischen Augenblicke zeigte es sich, daß die Flotte in drei Teilen aufgebrochen war, von denen einer südlich von England, der andre in der Nähe von Irland, und der dritte im Norden von Schottland weilte.

Die deutsche Flotte

hatte man ganz aus den Augen verloren, niemand wußte, wo sie war. Die größte Gefahr lag darin, daß das Kabinett nicht wußte, was vor sich ging, und daß die deutsche Flotte die drei Teile unsrer Flotte überfallen und sie einzeln schlagen konnte, aber es waren noch andre Gefahren vorhanden, mag man sie auch demnächst vor dem Lande verleugnen. Der Admiral eines Teiles der Flotte wußte, daß wir vor dem

Ausbruch eines Krieges

standen. Er schickte einen Offizier zu dem Kommandanten der Forts, die den Hafen schützen, in dem sich seine Flotte aufhielt, und ließ anfragen, ob die Flotte unter dem Schutze der Festungsbatterien sicher sei. Die Antwort lautete, daß von einer Sicherheit keine Rede sein könne, denn wenn die Geschütze der Forts feuerten, würden ihre Geschosse auf die englische Flotte fallen, die dort verankert lag. Das aber seien nur einige der Gefahren gewesen, denen England unlängst ausgesetzt war, und das Kabinett kenne sie natürlich noch viel besser als er. Das Kabinett sei weise genug gewesen, in den Tagen der

nationalen Gefahr

das beste seiner Mitglieder an die Spitze der Admiralität zu stellen. Die gegenwärtige Regierung sei zwar radikal und habe andre politische Ansichten als er selbst, aber er müsse zugestehen, sie habe den besten Mann, der vorhanden war, an den rechten Platz gestellt, und dieser Mann sei Winston Churchill. Sobald Winston Churchill sein neues Amt angetreten hatte, habe er einen Kriegsrat für die Admiralität gebildet, der in der Zukunft dafür sorgen soll, daß nicht wieder solche Fehler vorkommen, nicht wieder

Mangel an Kohlen

herrscht, und daß Festungsgeschütze in Zukunft so aufgestellt werden, daß sie nicht schutzsuchende englische Schiffe bedrohen. Niemand sei persönlich für diese Fehler verantwortlich zu halten, die dem System zuzuschreiben wären. Mr. Churchill sei klug genug, einzusehen, daß da viel zu ändern sei, und er glaube, daß Mr. Churchill der Mann dazu sei. Faber erklärte ferner, daß die Armee besser vorbereitet war als die Flotte. Man trug sich während der jüngsten Krisis mit der Idee, sechs Divisionen der regulären Armee auf dem Festland zu landen,

um dem verbündeten Frankreich zu helfen,

aber wären diese sechs Divisionen entsandt worden, so wären keine regulären Truppen mehr im Lande geblieben, um seine Küsten zu beschützen, und die Verteidigung hätte fast gänzlich der Flotte überlassen bleiben müssen. — In einigen Tagen wird sich ja die Regierung über ihre Haltung in der Marokkofrage vor dem Lande äußern. Man darf gespannt sein, was vom Ministertisch auf die Rede des Kapitäns Faber erwidert werden wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm, der von seiner Unpäßlichkeit wieder gänzlich hergestellt ist, hat der Großherzogin Luise einen Besuch in Baden-Baden abgestattet und sich dann zur Jagd beim Fürsten Fürstenberg in Donaueschingen begeben.

* General der Kavallerie z. D. v. Deines, Generaladjutant des Kaisers, der jahrelang militärischer Prinzen-Erzieher war, ist im städtischen Krankenhause zu Frankfurt a. M., wo er sich einer Operation unterzogen hatte, gestorben. Er hat ein Alter von 66 Jahren erreicht.

* Den während der Besprechung des Marokko-Abkommens im Reichstag geäußerten Wünschen nach einer verstärkten Flottenrüstung steht die Reichsmarine-Verwaltung zustimmend gegenüber. Man ist in Marinekreisen der Meinung, daß sich diese Wünsche auch ohne neues Flottengesetz erfüllen lassen, und zwar auf verschiedene Arten. Welchen Weg man wählen wird, darüber sind die Erwägungen noch im Gange. Es kommt der Marineverwaltung in erster Linie darauf an, bei möglichst großer Wirkung der geplanten Maßregeln das Reichsbudget so wenig wie möglich zu belasten.

* Die deutsche Regierung und die Regierung der französischen Republik haben durch Notenwechsel ein Abkommen betr. den Austausch von Nachrichten über das Auftreten von ansteckenden Menschen- und Tierkrankheiten in den beiderseitigen Grenzgebieten vereinbart. Danach unterliegen nachstehende, bei Menschen auftretende Krankheiten der Pflicht zur gegenseitigen Mitteilung: Aussatz (Lepra), Cholera (asiatische), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest, Pocken (Blattern), Typhus (Unterleibstyphus), Ruhr, Diphtherie, Scharlachfieber, übertragbare Genickstarre, Rückfallfieber und Körnerkrankheit. Die ansteckenden Tierkrankheiten, deren gegenseitige Benachrichtigung stattfinden soll, erstrecken sich auf Rinderpest, Tollwut, Rotz, Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche des Rindviehs, Pockenseuche der Schafe, Beschälseuche der Pferde, Räude der Schafe und Schweinepest.

* Wie die ‚Braunschweigische Landeszeitung' erfährt, soll das Disziplinarermittelungsverfahren im Reichskolonialamt (wegen Bruch der Amtsverschwiegenheit im Falle Lindequist) eingestellt worden sein. Trotz eingehender Vernehmungen einer großen Anzahl von Beamten seien keine Anhaltspunkte für die Urheberschaft des angeblich begangenen Vertrauensbruches festzustellen gewesen.

Portugal.

* Wenn nicht alles trügt, wollen die Monarchisten in den nächsten Tagen einen letzten Versuch machen, die Republik zu stürzen. In Lissabon ist nämlich die Nachricht eingetroffen, daß die portugiesischen Monarchisten zwei Kriegsschiffe angekauft haben, die angeblich von einem deutschen Hafen unter chilenischer Flagge nach Portugal abdampfen sollen. Die Bemannung, die hauptsächlich aus Nordamerikanern und Brasilianern bestehe, sei speziell für diesen Zweck angeworben. Die Monarchisten hätten versichert, sie seien entschlossen, bei diesem Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie erfolgreich zu sein oder zugrunde zu gehen. Sie besitzen außer Waffen und Artillerie auch Dynamitbomben.

Balkanstaaten.

* Für die Ausführung des lange vorbereiteten politischen Handstreichs der Kreter, der die Vereinigung mit Griechenland bringen sollte, war der Sonntag in Aussicht genommen. Plötzlich aber ist der Putsch auf unbestimmte Zeit verschoben worden, da die Regierung mit sofortiger Abdankung drohte infolge energischer Erklärungen der Konsuln der Schutzmächte. Offenbar haben diese das Protektorat über die türkischen Kreter und deren Eigentum übernommen, die bei Ausbruch der Bewegung in die Städte flüchten wollen. Angeblich drohten die Konsuln, allen eventuellen Schaden aus den Zollämtern der Insel zu decken.

Amerika.

* Die Bundesregierung der Ver. Staaten hat beschlossen, in anbetracht der Gefahr eines neuen organisierten Aufstandes in Mexiko die an der mexikanischen Grenze befindlichen Truppen zur Aufrechterhaltung der strengsten Neutralität dort zu belassen. Wie die Regierung erfahren hat, soll der jetzige mexikanische Präsident Madero vor ernsten Schwierigkeiten stehen.

Asien.

* Die widerspruchsvollen Nachrichten über die Zustände in China gestatten keinen klaren Überblick über die Lage. Es scheint indessen, als ob Juanschikai, der alten chinesischen Gewohnheit treu, immer noch zugleich mit der Regierung und mit den Rebellen unterhandelt. Diese, die unter keinen Umständen die Mandschu-Dynastie halten wollen, schreiten von Erfolg zu Erfolg. Es ist ihnen gelungen, den Admiral Sa, den Befehlshaber der Flotte, durch eine Hinterlist gefangen zu nehmen.

Deutscher Reichstag.

Am 18. d. Mts wird die zweite Lesung der Vorlage auf Einführung von Schiffahrtsabgaben fortgesetzt bei § 8 (Tarif).

Abg. Pfeiffer (Zentr.): Es ist berechtigt, die Fischerei von Abgaben frei zu lassen. Aber leiden wird sie unter ihnen. Dem Abg. Naumann muß ich erwidern, daß die gestern beanstandeten Äußerungen der ‚Konstanzer Zeitung' von Dummheit und Niedertracht zeugten.

Abg. Hausmann (fortschr. Vp.): Das waren ja fassungslose Äußerungen des tiefsten Unmuts über die Niederlage in Konstanz. § 8 ist der wichtigste des ganzen Gesetzes. Er bringt den Tarif. Die Tarifsätze sind so niedrig gefaßt, daß von keiner Seite beantragt ist, das Minimum noch weiter herabzusetzen. Daß eine Erhöhung der Sätze auf das Doppelte oder mehr nur durch Reichsgesetz erfolgen kann, ist ein großer Fortschritt. Auf Befragen des Redners erklärt

Ministerialdirektor Peters: Änderung der Tarife ist Sache der Instanzen der Reichsgesetzgebung.

Bayrischer Kommissar Ritter v. Grahmann: Durch besondere Anlagen in Aschaffenburg werden wir versuchen, die Flößerei zu fördern.

Abg. David (soz.): Die Konstanzer Wahl wird unmotiviert hereingezogen. Die Ausführungen des Herrn Peters fasse ich dahin auf, daß der Reichstag jederzeit die Tarife ändern kann. Wir beantragen hier aber, auch die Nahrungs- und Futtermittel zum niedrigsten Tarifsatz zu fahren. Das Faß der

agrarischen Verteuerungspolitik

ist zum Überlaufen voll; jeder Pfennig mehr wird empfunden. Außerdem beantragen wir, auf dem Rhein Schiffe bis 600, auf Weser und Elbe bis 300 Tonnen abgabenfrei zu lassen.

Abg. Oser (fortschr. Vp.): Wir beantragen, bei der erstmaligen Verteilung der Güter auf die einzelnen Tarifklassen die Gütereinteilung der Eisenbahnfrachttarife zum Anhalt zu nehmen. Wird der Antrag abgelehnt, so bitte ich wenigstens, die Futtermittel zum niedrigsten Tarifsatz zu befördern. Im Kampfe für den Mittelstand im Schiffergewerbe haben wir allein gestanden. Der sozialdemokratische Antrag hat noch einen kapitalistischen Schwanz. Man kann nicht allgemein die Schiffe bis 600 bezw. 300 Tonnen abgabenfrei lassen, sondern muß den handwerksmäßigen Betrieb herausgreifen.

Abg. Stolle (soz.): Wenn das Gesetz wirklich kein fiskalisches Interesse hat, so müssen Sie unsre Anträge annehmen.

Abg. Hausmann (nat.-lib.): Ich beantrage, die für die Weser vorgesehene Abgabenfreiheit für kleine Schiffe auf die Elbe auszudehnen.

Ministerialdirektor Peters: Diesem Antrage stimme ich zu. Die übrigen Anträge bitte ich abzulehnen. Der Ausdruck Nahrungsmittel im sozialdemokratischen Antrage ist doch zu allgemein gefaßt. Was die Befreiungsgrenze angeht, so ist keine Schiffsgröße anzuführen, die ausschließlich dem Kleinschifferlichen oder dem großkapitalistischen Betrieb gehört.

Abg. Günther (fortschr. Vp.): Wir in Sachsen sind an einem billigen Tarif für Brotgetreide und Futtermittel besonders interessiert. 87 Prozent der zur Einkommensteuer herangezogenen Personen haben bei uns ein Einkommen unter 1600 Mark. Darum bitte ich unserm Antrage entgegenzukommen.

Abg. Gothein (fortschr. Vp.): Der Ministerialdirektor unterschätzt die Bedeutung der vorliegenden Anträge. Er übersieht, daß unser Antrag auch nur die erstmalige Verteilung der Güter betrifft. Bei seinen

Konstanzer Tönen

zeigte sich Abg. Pfeiffer als Kunstpfeifer. Es scheint aber, seine Politik pfeift auf dem letzten Loch.

Die Erörterung schließt. Persönlich bemerkt Abg. Schmidt-Konstanz (nat.-lib.): Die Behauptung, ich könne heute ebensogut Zentrumsabgeordneter sein, habe ich nie ausgesprochen.

Die Anträge werden abgelehnt bis auf den Antrag Hausmann (nat.-lib.).

Nach § 10 kann jeder Tarif erst 6 Monate nach seiner Verkündigung in Kraft treten.

Abg. v. Strombeck (Zentr.) beantragt, die sofortige Inkraftsetzung zu ermöglichen.

Ministerialdirektor Peters: Ich bitte den Antrag anzunehmen.

Das Haus beschließt so.

Der Rest des Artikel 2 wird angenommen.

Abg. Gothein (fortschr. Vp.) beantragt, die Beratung der Artikel 3 und 7 auszusetzen.

Das Haus beschließt die Aussetzung.

Über die Resolution Barenhorst (freikons.) bei den Stromarbeiten auf die Interessen der Fischerei Rücksicht zu nehmen, wird erst in dritter Lesung abgestimmt.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung (Einführung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln für bestimmte Gewerbe.)

Abg. Stadthagen (soz.): Der Arbeiter hat kein Interesse an der Vorlage.

Abg. Albrecht (soz.): Die Kommissionsbeschlüsse befürchten von den Lohnbüchern unter Umständen einen Verrat von Produktionsgeheimnissen. Diese bestehen wohl nur in niedrigen Löhnen.

Abg. Oberfing (nat.-lib.): Fabrikationsgeheimnisse können z. B. in der Kammgarnweberei durch die Lohnbücher sehr wohl verraten werden. Das ist in der Kommission auch von sozialdemokratischer Seite zugegeben worden.

Abg. Molkenbuhr (soz.): Welche Fabrikationsgeheimnisse sollen denn das sein?

Abg. Henning (kons.): Wir begrüßen die Vorlage. Die Kommissionsbeschlüsse bringen die gerechte Abwägung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen. Daß die unveränderte Regierungsvorlage

Fabrikationsgeheimnisse

nicht hinreichend schützen würde, ist in der Kommission hinreichend erwiesen worden.

Abg. Pieper (Ztr.): Auch wir halten an den Kommissionsbeschlüssen fest.

Abg. Cuno (fortschr. Vp.): Bergbau und Großindustrie sollten der gewerblichen Fortbildungsschule kein Hindernis mehr bereiten.

Abg. Kolbe (freikons.): Mein Antrag zur Fortbildungsschule ist in der Kommission schon ziemlich herzlos abgelehnt worden. Vielleicht kommen wir einmal zu einem Reichsschulgesetz.

Die Vorlage wird in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen. Darauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung: 27. November.

Kindesliebe.

27] Roman von Rolf Cormans.

(Fortsetzung.)

„Dieser Brief kann eine fromme Lüge gewesen sein, wie alles andre," bemerkte Else. „Man beging ein furchtbares Unrecht gegen den edelsten Menschen, als man es unterließ, den Regierungsrat zu verhören. Und nun, o mein Gott, ist es vielleicht zu spät, dieses entsetzliche Unrecht wieder gut zu machen."

„Soweit es sich um Ludwig Gernsdorff handelt, allerdings. Er ist vor drei Monaten gestorben," sagte der Rechtsanwalt.

„Aber er kann nicht gestorben sein, ohne daß er auch nur den Versuch gemacht hätte, das Schicksal seines unglücklichen Sohnes zu wenden. Zu irgend einem Menschen muß er doch davon gesprochen haben. Und wenn er es nicht getan hat, so wird sich vielleicht in seinem Nachlaß eine Aufzeichnung darüber finden."

„Dieser Glaube kann fürwahr Berge versetzen," sagte der Rechtsanwalt sich in der Stille seines Herzens, und mit einem wenig ermutigenden Achselzucken erwiderte er auf die letzten Worte des jungen Mädchens:

„Wenn etwas Derartiges vorhanden wäre, würde es in diesen drei Monaten doch vermutlich bereits zutage gekommen sein, um so eher, als man den Nachlaß des Regierungsrates aus andern Gründen sehr aufmerksam durchforscht haben dürfte. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Vermögensverhältnisse Ludwig Gernsdorffs auf das kläglichste zerrüttet waren, und ohne Zweifel wäre über seine Hinterlassenschaft der Konkurs eröffnet worden, wenn nicht die Familie des Schwiegersohnes, des Regierungsassessors von Lingen, helfend eingetreten wäre. Die Gläubiger wurden zwar nicht voll befriedigt, aber es kam ein Vergleich zustande, der wenigstens die Einmischung der Gerichte unnötig machte. Die glänzende Wohnungseinrichtung des Verstorbenen wurde verkauft und die Witwe lebt im Hause ihrer Tochter, die gar nicht mehr die lebensfrohe Frau von Lingen von ehedem sein soll. Sie sehen, mein liebes Fräulein, daß nach solchen Umwälzungen kaum noch irgend welche Aussichten für das plötzliche Auftauchen eines bis dahin verborgen gebliebenen Schriftstückes vorhanden sein dürften."

„Ich gebe trotzdem die Hoffnung nicht früher auf, als bis ich von Frau Gernsdorff und von meiner Freundin Käthe gehört habe, daß sich der Regierungsrat vor seinem Tode weder mündlich noch schriftlich über die Schuldlosigkeit seines Sohnes geäußert hat. Ich habe ihn gekannt, und ich glaube nicht daran, daß er untätig zugesehen haben sollte, wie man einen Schuldlosen statt seiner verurteilte."

Sie hatte sich erhoben und der Rechtsanwalt war ihrem Beispiele gefolgt.

„Ich habe natürlich kein Recht, Sie an weiteren Bemühungen in Doktor Gernsdorffs Interesse zu hindern, aber ich möchte Sie doch darauf aufmerksam machen, daß Ihre Vermutung hinsichtlich einer Schuld des Regierungsrates eine durch nichts begründete und ganz willkürliche ist, so daß Sie gut tun werden, namentlich seinen Angehörigen gegenüber mit derartigen Äußerungen sehr vorsichtig zu sein. — Hätte Walter Gernsdorff in wahrhaft spartanischer Weise das Verbrechen seines Vaters auf sich genommen — was ich persönlich, wie gesagt, für ausgeschlossen halte — so wäre doch nach dem Tode dieses Vaters auch der letzte halbwegs verständliche Grund für eine so beispiellose Selbstaufopferung fortgefallen. Er müßte geradezu wahnwitzig gewesen sein, wenn er das Spiel, bei dem er allein der Verlierende ist, auch dann noch hätte fortsetzen wollen."

Aber so einleuchtend auch immer diese sehr vernünftige und naheliegende Erwägung sein mochte, an Elses felsenfestem Vertrauen glitt sie ebenso eindruckslos ab, wie alle früheren Auseinandersetzungen des Rechtsanwalts. Sie entfernte sich mit demselben unerschütterlichen Glauben an die Schuldlosigkeit des Geliebten wie sie gekommen war, und Sieveking war von ihrer Beharrlichkeit so ergriffen, daß er sich gedrängt fühlte, sie doch nicht ganz ohne jeden Trost zu verabschieden.

Als er sie zur Tür geleitete, sagte er: „Zürnen Sie mir nicht, Fräulein Holthoff, wenn ich Ihnen durch meine nüchternen Zweifel vielleicht weh getan habe. Gott weiß, wie glücklich es mich machen würde, wenn ich Ihr Vertrauen und Ihre Hoffnungen teilen dürfte. Da wir Menschen aber allesamt dem Irrtum unterworfen sind, so ist es trotz meiner gegenteiligen Überzeugung ja nicht unmöglich, daß Sie sich im Recht befinden und ich im Unrecht. Und ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich freudig mein ganzes Können und meine ganze Arbeitskraft für die Rechtfertigung meines unglücklichen Freundes einsetzen werde, wenn es Ihnen gelingt, mir auch nur den kleinsten greifbaren Beweis für die Richtigkeit Ihrer Vermutungen zu verschaffen."

Else, die schon auf der Schwelle stand, reichte ihm die Hand:

„Ich danke Ihnen für das Versprechen, Herr Rechtsanwalt, und es ist mir von hohem Wert, eine wie schwere Enttäuschung sonst auch das Ergebnis dieses Besuches für mich bedeutet. Man hatte mir gesagt, daß Sie sein Freund gewesen seien, und ich hatte darum erwartet, in Ihnen von vornherein einen Bundesgenossen zu finden. Nun, ich hoffe, daß ich auch ohne fremde Hilfe zum Ziel gelangen werde, und daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem ich wiederkommen darf, um Sie beim Wort zu nehmen."

17.

Die Enttäuschung, die Else bei dem ehemaligen Verteidiger Gernsdorffs erlebt hatte, war wohl die schwerste, doch nicht die einzige gewesen auf dem dornenvollen Wege, den sie aus freiem Herzensantrieb betreten. Jeder weitere Schritt hatte nur eine weitere Entmutigung bedeutet, und es bedurfte des ganzen Heldenmutes einer reinen, opferfähigen und opferwilligen Mädchenseele, um standzuhalten in diesem grausamen und anscheinend so hoffnungslosen Kampfe.

Aber sie war des Kämpfens nun schon gewohnt. Die zehn Wochen, die sie seit jenem verhängnisvollen zweiten Besuche Gernsdorffs in ihrem Vaterhause verlebt hatte, waren nichts als ein unaufhörliches Martyrium gewesen — körperlich und seelisch. Denn zu den Martern,